

Antrag Nr. 22-F-10-0015

AfD

Betreff:

Folgen der Energiepreisentwicklung für die LHW
- Antrag der AfD-Fraktion vom 06.09.2022 -

Antragstext:

Die Preise für alle Energieträger sind seit Beginn dieses Jahres dramatisch gestiegen. So verteuerten sich die Preise gegenüber dem Vorjahr bei Heizöl um mehr als das Doppelte, beim Energieträger Gas um mehr als das Dreifache. Strom, Benzin (Super E 10) und Diesel kosten circa die Hälfte mehr. Von diesen Preisanstiegen ist auch die Verwaltung der LHW mit allen Ämtern und Dienstleistungen betroffen.

Antrag:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie wolle beschließen,
die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

Der Magistrat möge berichten:

1. In welcher Höhe belastet der Anstieg der Energiekosten den öffentlichen Haushalt Wiesbadens in den Monaten Januar bis August 2022? (Angaben bitte nach Kosten pro Energieträger und Monat getrennt auflisten.)
2. Wie schätzt der Magistrat die Entwicklung der Kosten für die restlichen Monate des Jahres 2022 ein? (Angaben bitte nach Kosten pro Energieträger und Monat getrennt auflisten.)
3. Werden die Mehrkosten voraussichtlich zu einer Neuverschuldung führen und falls ja, in welcher Höhe?
4. Welche Erkenntnisse hat der Magistrat darüber, inwieweit ESWE-Versorgung die vertragliche Preisbindung mit dem Endverbraucher bei Strom und Gas einhalten muss und ob sich dadurch eine Finanzierungslücke für ESWE-Versorgung für das Jahr 2022 ergeben wird? Falls ja, in welcher Höhe?
5. In welcher Größenordnung würde die Finanzierungslücke bei ESWE-Versorgung auf den städtischen Haushalt durchschlagen, falls Bund und Land keine Hilfen leisten?

Wir bitten darum, den Bericht schriftlich allen Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Wiesbaden, 06.09.2022

Dr. Klaus-Dieter Lork
Stadtverordneter
AfD Stadtverordnetenfraktion

Stefan Beckmann
Politischer Referent
AfD Stadtverordnetenfraktion